„Eine große Ehre und Verantwortung“

HESPERINGEN Das sagt Diane Adehm über ihre Nominierung zur Bürgermeisterin

Jessica Oé

Diane Adehm wurde am Mittwoch von der CSV-Sektion zur neuen Bürgermeisterin von Hesperingen ernannt. Im Interview spricht sie über ihre Ziele, die Herausforderungen einer wachsenden Gemeinde und wie sie das Erbe von Marc Lies weiterführen möchte.

Foto: Editpress/Fabrizio Pizzolante

Diane Adehm bei einem Interview 2024 – nun soll sie Bürgermeisterin von Hesperingen werden

Tageblatt: Sie wurden von der CSV als Nachfolgerin von Marc Lies nominiert. Wussten Sie, dass Sie den Posten übernehmen würden?

Diane Adehm: Ich wusste, dass ich nominiert werden würde. Der Bürgermeister hat diese Entscheidung nicht überraschend verkündet – ihr gingen mehrere Gespräche voraus. Zudem hatten wir die Reihenfolge bereits im Vorfeld abgestimmt.

Was bedeutet es Ihnen nun, Bürgermeisterin zu werden? Bisher waren Sie ja Schöffin der Gemeinde.

Es ist zunächst einmal eine große Ehre – Hesperingen ist immerhin die siebtgrößte Gemeinde des Landes. Damit verbunden ist natürlich auch eine große Verantwortung. Aber wie Sie richtig angemerkt haben, bin ich schon seit einiger Zeit dabei und kenne die Gemeinde gut. Seit 2011 gehöre ich dem Schöffenrat an. Das heißt, ich betrete kein völlig neues Terrain. Dennoch bringt das Amt der Bürgermeisterin deutlich mehr Verantwortung mit sich als „nur“ die Rolle einer Schöffin.

Wo möchten Sie als Bürgermeisterin künftig Ihre Schwerpunkte setzen?

Als Bürgermeisterin legt man die Schwerpunkte nicht im Alleingang fest – solche Entscheidungen trifft man im Team. Wir arbeiten im Schöffenrat und orientieren uns am Koalitionsabkommen, das wir gemeinsam mit unserem Partner, der DP, nach den Wahlen 2023 vereinbart haben. Dieses Programm werden wir nun auch so umsetzen. Es geht also nicht darum, dass die Bürgermeisterin vorprescht oder eine Solo-Nummer abzieht.

Trotzdem bringt jede Bürgermeisterin und jeder Bürgermeister ihre bzw. seine ganz eigene Handschrift in die Amtsführung ein. In welchen Punkten nehmen Sie sich Ihren Vorgänger zum Vorbild – und wo möchten Sie bewusst neue Akzente setzen?

Marc Lies hat unsere Gemeinde entscheidend vorangebracht. Er hatte immer ein offenes Ohr – und genau das möchte ich fortführen. Mit den Bürgerinnen und Bürgern sprechen, ihnen zuhören, auf ihre Sorgen und Ängste eingehen – das ist mir sehr wichtig. Ich bin überzeugt, dass eine Gemeinde nur dann wirklich weiterkommt, wenn man gemeinsam arbeitet und die Menschen dort abholt, wo sie stehen. Es bringt nichts, mit den schönsten Projekten voranzugehen, wenn die Bevölkerung nicht dahintersteht. Für mich steht deshalb der Dialog im Mittelpunkt – sowohl mit den Mitarbeitenden der Gemeinde als auch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern.

Mit der Person Marc Lies sind unweigerlich auch die jüngsten Entwicklungen im Gemeinderat verbunden – insbesondere sein angespanntes Verhältnis zur Opposition. Wie möchten Sie damit umgehen?

Ich reiche der Opposition ganz klar die Hand, um konstruktiv zusammenzuarbeiten. Wenn es Punkte gibt, bei denen sie anderer Meinung sind, bin ich offen für Kritik. Meine Tür steht immer offen – sowohl für die Mehrheitsfraktionen als auch für die Opposition –, um offen und sachlich über die Fakten zu sprechen.

Wo liegen Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen, denen sich Hesperingen in den nächsten Jahren stellen muss?

Hesperingen ist eine Randgemeinde der Hauptstadt und gehört somit zu den Gemeinden, die in den kommenden Jahren weiter wachsen werden. Allein ein Blick auf Howald zeigt, wie stark sich die Gemeinde derzeit verändert. Das bringt natürlich Herausforderungen mit sich, denn mit neuen Bürgerinnen und Bürgern wachsen auch die infrastrukturellen Anforderungen. Und: Bereits heute leben in Hesperingen rund 56 Prozent Menschen mit ausländischem Hintergrund, die hier ihre Heimat gefunden haben. Diese Vielfalt möchten wir aktiv integrieren. Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass sich in Hesperingen jeder wohlfühlt – ganz gleich, woher er oder sie kommt.

Wie wird es Ihnen künftig gelingen, den Spagat zwischen Ihrer Rolle als Abgeordnete im Parlament und Ihrer neuen Aufgabe als Bürgermeisterin zu meistern – zumal Sie, wie Ihr Vorgänger, beide Ämter zugleich ausüben? Sie waren ja bereits Schöffin, ganz unbekannt ist die Doppelbelastung nicht.

Bürgermeisterin zu sein, bedeutet natürlich noch etwas mehr Arbeit als „nur“ Schöffin, da gebe ich Ihnen recht. Bisher ist es mir gut gelungen, die beiden Verantwortungsbereiche zu verbinden, und ich bin zuversichtlich, dass mir das auch in Zukunft gelingen wird. Ich bin nicht die einzige „députée-maire“, die in der Chamber vertreten ist – es gibt mehrere, und das parteiübergreifend. Das zeigt: Es ist keine Unmöglichkeit. Es ist nur eine Sache der Organisation.

Personalabteilungen als Pflicht

BUERGERMEESCHTERDAG Innenminister Gloden kündigt Änderungen für Gemeinden an

Cédric Feyereisen

Innenminister Léon Gloden redete während des „Buergermeeschterdag“ am Donnerstag in Mondorf eine halbe Stunde – und kündigte etliche Gesetzesänderungen an. Eine Übersicht.

Foto: Cédric Feyereisen

Der Veranstaltungsraum im Casino 2000 war am Donnerstagmorgen gut gefüllt

Etwa 700 Gemeindepolitiker und -beamte versammelten sich am Donnerstagmorgen im Mondorfer Casino 2000. Grund: der traditionelle „Buergermeeschterdag“. Dieses Jahr ging es vor allem um kommunale Klimapolitik. Sechs Sprecher hielten während insgesamt zwei Stunden kurze Reden – darunter auch Innenminister Léon Gloden (CSV). In seiner Ansprache kündigte der Ex-Bürgermeister aus Grevenmacher etliche neue Maßnahmen an, die vor allem Gemeindepolitiker betreffen.

– Die Zahl der politischen Urlaubstage für kommunale Mandatsträger soll in kleineren Gemeinden angehoben werden.

– Die Struktur der Gemeinden muss laut Léon Gloden modernisiert werden. Sie müssen in Zukunft eine Personalabteilung haben. „Das wird eine der neuen Säulen in der Gemeindestruktur und Überarbeitung des Gemeindegesetzes sein“, sagt Gloden.

– Jede Kommune benötigt ebenfalls einen Finanzdienst. Bei vielen sei dies bereits der Fall, aber „es steht nicht im Gemeindegesetz“. Das soll sich ändern.

– In Zukunft sollen die Gemeinden ihr Vermögen dem Finanzministerium übergeben. „Keine Angst, ihr könnt jederzeit auf eure Konten zugreifen“, richtete sich Gloden an die Anwesenden. Dadurch sei es den Gemeinden unter anderem möglich, einen besseren Zinssatz für Darlehen zu bekommen. „Das setzen wir allerdings nicht schon das nächste Jahr um“, sagte der Minister.

– Verschiedene Beamte – wie der „Receveur“ – sind momentan mit ihrem persönlichen Vermögen haftbar. Das möchte der Innenminister abschaffen. „Ausser e léisst eng Grouss kommen“, meinte Gloden.

– Bislang müssen Gemeinderatsmitglieder eine Erklärung ihres Immobilienvermögens einreichen. Gloden will diese Verpflichtung – die „Déclaration du patrimoine immobilier“ – abschaffen. „Ich bin absolut gegen Neid-Politik“, begründete Gloden diese Entscheidung.

– Der Ex-Bürgermeister will ein „Registre des entrevues“ einführen, so wie dies auch schon für die Regierung Pflicht ist. Heißt: Die Politiker müssen dokumentieren, mit wem sie in ihrer politischen Funktion geredet haben.

– Léon Gloden plant, den Kündigungsschutz der Politiker zu verbessern. „Mir wurde mitgeteilt, dass Menschen entlassen wurden, weil sie Politiker sind oder kandidieren“, so der Innenminister.

– Momentan dürfen weder geistliche Vertreter der Kirche noch Grundschullehrer Mitglied des Gemeinderats sein. „Es wird immer schwieriger, Kollegen und Kolleginnen zu finden, die bei den Kommunalwahlen kandidieren“, sagt Gloden. Deswegen werde diese Regelung abgeschafft. Geistliche, die unter der alten Regelung noch vom Staat bezahlt werden, seien allerdings weiterhin ausgeschlossen.

– Das Gemeindesyndikat Syvicol soll als obligatorisches Beratungsorgan für Gesetzestexte integriert werden. „Wir müssen über die Modalitäten reden, weil man schauen muss, ob Syvicol-Mitglieder auch in der Chamber sitzen dürfen – da könnte es zu Interessenkonflikten kommen“, präzisierte Gloden.